

Expedition: Herrenstraße 20.
Auerbach übernahm alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal
erscheint.

Breslauer



Vierteljährlicher Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
2 Thaler 11/2 Sgr. Insertionsgebühr für den
Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck
1 1/2 Sgr.

Zeitung.

No. 348. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag den 29. Juli 1859.

Der Personenzug aus Krakau hat heute in Myslowitz
den Anschluß an den Personenzug nach Breslau nicht erreicht.
Breslau, den 29. Juli 1859.
Königliches Postamt.
Ritsche.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 28. Juli, Nachmittags. Gutem
Vernehmen haben in der heutigen Sitzung des Bundestages
Österreich, Preußen und Baden einen gemeinschaftlichen
Antrag betreffs der Besatzung der Festung Rastatt einge-
bracht. Derselbe soll in Kriegszeiten aus 12,000, in Frie-
denszeiten aus 6000 Mann bestehen und aus Österreicher-
n, Preußen und Badenern zusammengesetzt werden. Die Stelle
eines Gouverneurs und Artillerie-Direktors soll von Baden,
die eines Genie-Direktors von Österreich und die eines
Kommandanten abwechselnd von Österreich und Preußen
besetzt werden. Letztere haben angezeigt, daß sie dahin über-
eingekommen, in der Kommandantur alle 5 Jahre zu wechseln.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 26. Juli. Sardinien wird an der zürcher Konferenz Theil
nehmen und durch den Chevalier Des Ambrois vertreten werden. Aller Wahr-
scheinlichkeit nach wird die Zusammenkunft Ende des Monats stattfinden.
In Folge einer Unterredung zwischen Persigny und Walewski ist der letz-
tere heute nach St. Cloud abgereist.
Marquis von Banneville, zuletzt französischer Geschäftsträger in Wien, geht
dieses Abend dorthin ab.

Paris, 27. Juli. Aus Turin wird gemeldet: Die „Gazetta Piemontese“
veröffentlicht ein Circularschreiben des Ministers des Innern an die Gouverneure,
in welchem es unter Anderem heißt: Der Kabinettswechsel hat keine wesentliche
Veränderung hinsichtlich des politischen Charakters Sardinien im Gefolge. Das
neue Ministerium wird fortbilden die Entwicklung der großen Prinzipien, welche
die Grundlage unseres öffentlichen Rechts bilden, so ausgedehnt als möglich zu
begünstigen. Der Minister fordert die Unterstützung seiner Untergebenen, um
die entnervten Gemüther zu beruhigen, den Glauben an Gerechtigkeit und
Freiheit zu befestigen und die einverleibten Provinzen auf die liberalen Insti-
tutionen vorzubereiten. Das Circular schließt damit, daß der Minister Reformen,
durch welche die Freiheiten der Gemeinden und Provinzen erweitert werden
sollen, verspricht.

Marseille, 27. Juli. Graf Colloredo ist auf der Reise nach Zürich hier
eingetroffen.

London, 27. Juli. Die biesigen Blätter polemisieren gegen die „Moniteur“.
Note über die englischen Klüftung. Die Klüftung Englands seien lediglich
durch die französischen Klüftung notwendig geworden.

Dem „Gerald“ zufolge wird Großfürst Konstantin im Laufe des September
in London erwartet.

London, 27. Juli. „Morning Post“ veröffentlicht eine Depesche, der zu-
folge Sardinien seinen Bevollmächtigten zu den Konferenzen in Zürich bereits
ernannt hat. Österreich würde die Zulassung des sardinischen Bevollmächtig-
ten und verlangt, daß Sardinien einfach dem zwischen Österreich und Frank-
reich abgeschlossenen Verträge beitrete. Der Großherzog von Toskana beabsich-
tigt zu Gunsten seines Sohnes, der eine Verfassung zu geben bereit ist, die
Regierung niederzulegen. Die Bevölkerung Toskanas protestiert trotzdem gegen
die Restauration der gesammten Dynastie.

Turin, 27. Juli. Einem Berichte des toscanischen Ministers des In-
nern über die Verhandlung in Toskana in Betreff einer Vereinigung mit Pie-
mont haben sich bisher 181 Gemeinden einschließlich Livorno und Florenz aus-
gesprochen. Bei diesen Verhandlungen haben sich 809 Stimmen einer Vereinig-
ung Toskanas mit Sardinien zustimmend erklärt, 15 Stimmen dagegen aus-
gesprochen. Diese Abstimmungen repräsentieren die Wünsche und Interessen von
1,135,863 Einwohnern.

Malta, 17. Juli. Ein englisches Geschwader, 4 Linienfahrer und eine
Fregatte, ist nach Alexandria abgegangen; eine gleich starke Flotten-Abtheilung
nach Neapel.

Konstantinopel, 20. Juli. Die Investitur-Angelegenheit, obwohl prin-
zipiell geregelt, ist doch noch nicht zu Ende geführt; doch hofft man, daß die
nachdringlichen Vorstellungen Frankreichs und Russlands den betreffenden Berat
bald erzwingen werden.

Preußen.

Berlin, 28. Juli. [Amtliches.] Se. königliche Hoheit der
Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst
geruht: die Wahl des bisherigen Landesältesten, Majors a. D.
v. Schönitz auf Klein-Kloden zum Direktor der glogau-saganer Für-
stenthums-Landschaft für den sechsjährigen Zeitraum von Johannis
1859 bis dahin 1865; so wie gemäß der von der Stadtverordneten-
Versammlung zu Frankfurt a. d. O. getroffenen Wiederwahl den seit-
herigen Beigeordneten, Regierungsrath a. D. Wilke, für ferner-
weite 6 Jahre in gedachtem Amte zu bestätigen.

Der Baumeister Heinrich zu Wehlau ist zum königlichen Kreis-
Baumeister ernannt und demselben die Kreis-Baumeister-Stelle daselbst
verliehen worden.

Angekommen: Se. Excellenz der General der Infanterie, General-
Inspektor der Festungen und Chef des Ingenieur-Corps, v. Prese-
Winiary, von Stettin. (St.-Anz.)

Berlin, 27. Juli. [Weitere Veröffentlichung diplomati-
scher Aktenstücke.] (Schluß.)

IV.

Aus Ew. Excellenz gefälligem Berichte vom 19. d. Mts. Nr. 104 habe ich
entnommen, daß nach den von Ihnen auf Grund meiner Erlasse vom 15. d.
Mts. Nr. 140 und 142 dem Grafen v. Rechberg erteilten Aufträgen das
kaiserliche österreichische Kabinet über diejenige Stellung nicht mehr im Zweifel
sein kann, welche die königliche Regierung in der, der Unterzeichnung der Frie-
denspräliminarien vorhergegangenen Phase der italienischen Frage zu der letzteren
eingenommen hat. Inzwischen haben die irrthümlichen Auffassungen, welche
sich das wiener Kabinet in dieser Beziehung angeeignet hatte, in offiziellen
Aktenstücken einen Ausdruck gefunden, welcher auf die von uns beobachtete
Haltung ein zu unrichtiges Licht wirft, als daß ich mich nicht genöthigt sehe,
noch den besondern, auf unzweifelhaften Thatsachen beruhenden Nachweis zu
führen, daß wir unserserseits zu jenen Mißverständnissen keinerlei Veranlassung
gegeben haben.

Ein Manifest Sr. Majestät des Kaisers von Österreich de dato Laxenburg,
den 15. Juli, enthält die Bemerkung, daß Se. Majestät in Ihren gegründeten
Hoffnungen, in dem nicht bloß für Österreichs gutes Recht unternommenen
Kampfe auch nicht allein zu stehen, so bitter enttäuscht worden sei. Ferner,
daß der warmen Theilnahme ungeachtet, welche Österreichs gerechte Sache in
dem größten Theile von Deutschland bei den Regierungen wie bei den Völkern

gefunden, sich seine ältesten und natürlichen Bundesgenossen hartnäckig der Er-
kenntnis verschlossen hätten, welche hohe Bedeutung die große Frage des Tages
in sich trug, daß Österreich sonach den kommenden Ereignissen vereinzelt hätte
entgegengehen müssen. Endlich, daß Se. Majestät die Ueberzeugung gewonnen,
daß durch directe, jede Einmischung Dritter beseitigende Verständigung mit dem
Kaiser der Franzosen jedenfalls minder ungünstige Bedingungen zu erlangen
waren als bei dem Eintreten der drei am Kampfe nicht theilhaftig gewesen
Großmächte in die Verhandlung mit den unter ihnen vereinbarten und von
dem moralischen Druck ihres Einverständnisses unterstützten Vermittelungs-
schlägen zu erwarten gewesen wären.

Ein französisches Circular des Grafen Rechberg, welches der Baron Koller
mir vor einigen Tagen vorzulesen die Güte hatte, so wie ein anderweitiges, an
die österreichischen Vertreter bei den deutschen Höfen gerichtetes und von den-
selben durch Vorlesung zur Kenntniss der betreffenden Kabinete gebrachtes Cir-
cular vom 16. d. M., dessen wesentlicher Inhalt uns von mehreren Seiten mit-
getheilt worden, lassen zu meinem aufrichtigen Bedauern keinen Zweifel darüber,
daß in dem zuletzt ausgeführten Satze des kaiserlichen Manifestes ein Vorwurf
auch gegen die Haltung Preußens hat ausgesprochen werden sollen. Beiden
Aktenstücken ist ein, angeblich vom englischen Kabinet adoptirtes Mediations-
projekt beigelegt, welches in 7 Punkten formulirt ist, deren Annahme in der
That für Österreich ungünstiger gewesen wäre, als die Resultate der mit Frank-
reich eingeleiteten direkten Verständigung. Von diesem Projekt behauptet Graf
Rechberg in den, an die österreichischen Vertreter gerichteten Depeschen, daß
dasselbe seitens Preußens, Großbritanniens und Russlands Billigung und Zusage
nachdrücklich erhalten habe.

Die in den vorbezeichneten Aktenstücken behaupteten Thatsachen haben als-
bald ihren Weg in zahlreiche Organe der österreichischen und deutschen Presse
gefunden und den Stoff zu heftigen Angriffen gegen die preussische Politik
geliefert.

Wie sehr nun auch der, vom Grafen Rechberg Ew. Excellenz gedruckte
Wunsch, daß sich die Kabinete der beiden deutschen Großmächte aller gegen-
seitigen Recriminationen enthalten möchten, unseren eigenen Einstellungen entspricht,
so glaube ich doch vom Billigkeitsgefühl des Herrn Ministers erwarten zu dür-
fen, daß in jenem Wunsche nicht die Zumuthung liege, die auf völlig unrich-
tigen Thatsachen beruhenden Vorwürfe unabweisend zu lassen, welche gegen uns
bei allen Kabinetten erhoben und in die Öffentlichkeit geschleudert worden sind,
daß dasselbe sich vielmehr beilegen werde, sie seinerseits auf demselben Wege und
in demselben Umfang zu berichtigen, wie das kaiserliche Kabinet sie, ohne
Zweifel auf Grund irrthümlicher Voraussetzungen, erhoben hatte.

Wir sind hierbei keineswegs gemeint, die Berechtigung der kaiserlichen Re-
gierung, unmittelbar und ohne Zuziehung der anderen Großmächte mit Frank-
reich Frieden zu schließen, in Zweifel ziehen oder die Frage einer Prüfung un-
terwerfen zu wollen, ob die Vermittlung jener Mächte zu einem für Österreich
vortheilhafteren Ergebnis hätte führen können, als die direkte Verständigung mit
dem Kaiser der Franzosen. Es wird dem kaiserlichen Kabinete erinnerlich sein,
wie lebhaft wir den, gegen unseren Rath begonnenen Krieg bedauert und wie
wir durch die freimüthige Aeußerung dieses unsers Urtheils einer späteren bit-
teren Enttäuschung im Voraus vorbeugen gesucht haben. Unsere Vermittelungs-
Thätigkeit, unsere Klüftung, unsere Anträge am Bundestage schloßen auch
die Annahme entschieden aus, als ob wir die hohe Bedeutung der schwebenden
Frage verkannt hätten; und inwiefern Österreich unter allen Bedingungen den
kommenden Ereignissen vereinzelt hätte entgegengehen müssen, darüber werden
außer jenen Klüftung und Anträgen auch die Organe, welche Se. Majestät
der Kaiser von Österreich in der letzten Zeit vor der Unterzeichnung der Frie-
denspräliminarien am k. Hofe beglaubigt hatte, ein Zeugnis abgelegt ha-
ben, welches wir nicht zu scheuen brauchen. Darauf aber glaubten wir einen
gegründeten Anspruch zu haben, daß die öffentliche Rechtfertigung der von
Österreich zugestandenen Friedensbedingungen, wenn es einer solchen in den
Augen des kaiserlichen Kabinetts bedurfte, nicht auf angebliche Absichten oder
Handlungen der königlichen Regierung gestützt würde, bevor es sich darüber bei
der letzteren selbst eine Aufklärung zu verschaffen gesucht hätte, die wir ihm
sicherlich nicht vorenthalten haben würden. Nach Ew. Excellenz Eingangs er-
wähntem Berichte schreibt der kaiserliche Minister der auswärtigen Angelegen-
heiten die Irrthümer, welche Österreich zum Abschluß der Friedens-Prälimina-
rien geführt, dem Umstände zu, daß wir ihm nicht bereits früher die Mitthei-
lungen, zu welchen Ew. Excellenz von mir unter dem 15. d. Mts. ermächtigt
worden sind, hätten zugehen lassen und uns überhaupt nicht über unsere Me-
diationsversuche mit dem wiener Kabinet zu verständigen gesucht hätten. In
letzterer Beziehung genügt es, daran zu erinnern, daß nach der Depesche des
Grafen Rechberg, d. d. Verona den 22. Juni das kaiserliche Kabinet Preußen
überhaupt die Berechtigung zu einer eigentlichen Vermittler-Rolle, namentlich
im Verein mit den außerdeutschen neutralen Großmächten abgesprochen und sich
nur zu einer vertraulichen Meinungs-Aeußerung über solche, von uns an Frank-
reich zu richtende Friedensvorschlüge, welche den Territorialbestand von 1815
und die Souveränitätsrechte Österreichs und der übrigen Fürsten Italiens un-
verletzt erhielten, herbeilassen zu wollen erklärt, hiermit also von vornherein jede,
zwischen den beiden Regierungen einzuleitende Verständigung über durchführbare
Vermittelungsverschlüsse abgeschnitten hatte. Für eine Erklärung des Inhalts,
daß wir keine Mediationsbedingungen aufgestellt noch acceptirt hätten, lag
aber für uns offenbar so lange keinerlei Veranlassung vor, als wir nicht in die
Lage gesetzt worden waren, den Vorwurf zu widerlegen, für Österreich ungün-
stige Mediationsbedingungen vorgeschlagen zu haben.

Wenn wir hiernach einerseits außer Stande waren, das kaiserliche Kabinet
vor einem Irrthume zu bewahren, von dem wir selbst erst nach dem Abkommen
von Villafranca Kenntniss erhalten haben, so entbehren andererseits die dem-
selben über unsere angeblichen Vermittelungs-Projekte zugegangenen Nachrichten
derjenigen Beglaubigung, welche eine an uns zu richtende Anfrage über einen
so wichtigen Gegenstand hätte überflüssig erscheinen lassen können. Nach dem,
was der Graf v. Rechberg Ew. Excellenz gesagt hat, wäre das wiener Kabinet
durch das französische von den Dispositionen der neutralen Mächte in Kenntniss
gesetzt worden. Das, was man französischerseits als die Mediations-Bedingun-
gen der neutralen Großmächte angegeben, laufe ungefähr auf das hinaus,
was Lord John Russell in seiner an Lord Bloomfield gerichteten Depesche vom
22. Juni als den Standpunkt des britischen Kabinetts hingestellt hatte. Bei
den bekannten Dispositionen der Kabinete von London und Petersburg habe
man daher mit Gewißheit annehmen können, daß von einer gemeinschaftlichen
Vermittelung der drei Mächte ungünstigere Bedingungen zu erwarten gewesen
wären, als diejenigen, welche der Kaiser Napoleon in Villafranca zugestanden
hat.

Ich brauche kaum darauf hinzuweisen, daß die angeführte Depesche des eng-
lischen Staats-Secretärs für die auswärtigen Angelegenheiten deutlich beweist,
daß das englische Kabinet die schwebende Frage anders aufwachte, als die kaiser-
liche Regierung. Ich glaube es ferner als ein von den Beziehungen, welche
im Kriege zu bestehen pflegen, abweichendes Verfahren ansehn zu dürfen, daß
einer der kriegsführenden Theile von dem andern, seinem Gegner, sich über die
Dispositionen der neutralen Mächte belehren läßt. Wenn ich aber recht unter-
richtet bin, so muß Graf Rechberg, heute wenigstens die Gewißheit besitzen, daß
das, angeblich von den drei neutralen Mächten angenommene Mediations-
Projekt in 7 Punkten kein englisches, sondern ein französisches, in London zu-
rückgewiesen war. Jedenfalls haben wir davon erst mehrere Tage nach der
Unterzeichnung der Friedens-Präliminarien die erste Nachricht erhalten.

Die Regierung Sr. königlichen Hoheit des Prinzen-Regenten ist sich bewußt,
dem österreichischen Kaiserthume über das Maß positiver Verpflichtungen hin-
aus, während der ganzen Dauer des Konflikts die freundschaftlichen Gefüh-
nungen betätigt zu haben. Die Thatsachen sprechen hierfür zu laut, als daß
wir das Urtheil unserer deutschen Bundesgenossen, der europäischen Mächte und
der öffentlichen Meinung in dieser Beziehung zu scheuen hätten. Wir können

daher nicht dazu schweigen, wenn wir nach dem Abschluß eines Friedens, wel-
chen wir übrigens unsererseits einer Beurtheilung zu unterziehen, uns nicht be-
rufen fühlen können, für Dasjenige öffentlich verantwortlich erklärt werden, was
darin nachtheiliges für Österreich liegen kann. Ich kann mich hiernach der
Hoffnung nicht verschließen, daß das wiener Kabinet auch seinerseits, bei ruhiger
Erwägung des wahren Verlaufs der Dinge, unsere Handlungsweise zu
würdigen wissen und dieser Auffassung in entsprechender Weise Ausdruck geben
werde.

Eure Excellenz ersuche ich ergebenst, zu diesem Zwecke den Grafen Rechberg
den gegenwärtigen Erlaß vorzulegen und, falls er es wünschen sollte, Abschrift
davon in seinen Händen zu lassen.

(gez.) Schleinig.

Seiner Excellenz

dem Herrn Freiherrn v. Werther zu Wien.

* Aus Posen, im Juli. [Einführung von Karmeli-
tern.] Aus Mangel an östlichen Ordensgeistlichen soll es in
der Absicht des Herrn Erzbischofs von Posen und Gnesen liegen,
die beiden in der Stadt Posen belegenen, urfrühdlich dem Karmeliter-
Orden angehörigen Kirchen, so wie eine dritte in Markowice zur Ver-
waltung in die Hände der außerpreussischen verwandten Ordensbrüder
übergeben zu lassen. Der Antrag ging zuerst nach Warschau, als dem
Sitz des Provinzials des polnischen Karmeliterordens, dem jedoch aus
dem Grunde nicht nachgegeben zu sein scheint, weil eine solche An-
nahme die Befähigung zur deutschen Correspondenz mit der preussischen
Regierung bedingte, wozu es dort an den geeigneten Mitgliedern fehlte.
Von dort wurde es also den P. P. Karmelitern in Krakau anheim-
gestellt, die verwaisenen Kirche zu übernehmen, und es soll in den näch-
sten Monaten der hochw. Prior und Ex-Prior derselben nach dem
Großherzogthum Posen gehen, um das Nähere einzuleiten.

Deutschland.

Hannover, 27. Juli. In der heutigen Sitzung der zweiten
Kammer hielt Herr von Bennigsen einen sehr ausführlichen Vortrag
zur Vertheidigung des politischen Programms, das er außerhalb der
Kammer mit gleichgesinnten Freunden aufgestellt hat. Auf Anträge in
der Kammer hatte er der jetzigen Majorität gegenüber vorab verzich-
ten zu müssen geglaubt. Sein Vortrag war eine entschiedene Verthei-
digung Preußens, und eine Anklage Österreichs und der deutschen Mit-
telstaaten. Er erkannte Preußen durch seine neuesten Veröffentlichun-
gen als gerechtfertigt an, verhehlte sich aber nicht, daß die Politik
Preußens nicht groß und kühn gewesen sei; von Österreich wußte er
dagegen, daß es völlig unmögliche Bedingungen gestellt habe, sogar
geradezu den Sturz Napoleons, und noch im letzten Augenblicke habe
der Fürst von Windischgrätz auf Erhaltung der Spezialverträge bestan-
den müssen. An diese Bemerkung knüpfte er die schärfste Kritik der
Zustände Hannovers, daß, gerade heraus gesagt, das mißvergnügteste
Land in Deutschland sei, Kurhesse etwa ausgenommen. Er entwik-
kelte dann die Nothwendigkeit der Bundesreform, und bezeichnte als
deren Ziel nicht die Absonderung Österreichs von Deutschland, vielmehr
die Gemeinschaft zwischen ihm und Deutschland.

Wiesbaden, 26. Juli. [Zur Kritik der Bundeskriegs-
verfassung.] Die „Rhein.-L.“ veröffentlicht zur Kritik der Bundes-
kriegsverfassung folgende Thatsachen, welche sie bisher, so lange der
Krieg bevorstand, verschwiegen: „Nachdem der Bund die Kriegsbereit-
schaft decretirt hatte, erging von der Bundesmilitärbehörde u. A. an
Lippe und an Waldeck der Befehl, sie sollten ihre Bundeskontingente
mobil machen und dieselben nach der Bundesfestung Luxemburg beor-
dern. Wann? Darüber schwieg der Befehl. Lippe war sehr kriegs-
müthig und ließ sein Kontingent sofort marschiren. Als aber der
demselben vorausgegangene Offizier in die Festung kam, verordnete
ihm der Commandant, er wisse von dem lipper Kontingent nichts und
sei nicht in der Lage, dasselbe aufzunehmen. Erst nachdem der Offizier
nach Frankfurt gegangen war und die Truppen um Koblenz die Aus-
tragung der Differenz abgewartet hatten, wurde es nach einiger Zeit
möglich, dieselben in die Festung zu bringen, in welche sie beordert
waren. Waldeck eilte etwas weniger als Lippe und erbat sich (und
zwar bei der Dunkelheit des Befehls mit allem Recht) etwas nähere
Auskunft über die Einzelheiten. Allein der zweite Befehl war nicht
minder orakelhaft als der erste. Endlich auf eine wiederholte Anfrage
über die Zeit des Marsches erfolgte die diplomatische Antwort, daß
dies absichtlich mit Stillschweigen übergangen worden, indem es in
der Absicht liege, dies den Einzelregierungen zu überlassen. Nachdem dieser
dunkle Punkt aufgeklärt war, wollte Waldeck nicht länger zögern, seine Bun-
despflichten zu erfüllen und meldete dies nach Luxemburg. Von dort die
Antwort: Man könne die Truppen nicht aufnehmen, da sie nicht mit einer
Feldbäckerei, mit Lazarethausrüstung, Fourage u. versehen seien. Dar-
auf fragte Waldeck bei der Bundesmilitärkommission, was da zu machen?
Antwort: man möge sehen, ob man diese Erfordernisse von einer Nach-
barregierung borgen könne. Man borgt sie bei Preußen und endlich
kann man marschiren, d. h. wohlverstanden erst nachdem mit Preußen,
Hessen u. s. w. die nöthigen Correspondenzen über Durchmarsch u. s. w.
geführt worden sind.“

Italien.

Turin, 24. Juli. Als der Kaiser Napoleon III. in Mailand
einzog, ließ er den bekannten Historiker Cesare Cantu zu sich bitten,
und hatte mit diesem eine Unterhaltung, welche mehrere Stunden währte.
Um seine Ansichten befragt, erklärte der genannte Geschichtsschreiber,
daß an einen festen und dauernden Frieden, an eine Constituirung Ita-
liens im Sinne des gemäßigten Constitutionalismus nur nach gänz-
licher Entfernung der Österreicher zu denken sei, und Napoleon III.
stimmte ihm bei. Die öffentliche Meinung fängt an, sich zu be-
ruhigen; aber in Beziehung auf die Herzogthümer ist nämlich die
Stimmung eine so entschiedene, daß es gewiß zu einem blutigen Zu-
sammenstoße kommen muß, wenn die vertragsschließenden Kaiser die ver-
triebenen Dynastien wieder herstellen wollen. Herr Peruzzi ist nach
Paris abgereist, um dem Kaiser eine von der Consulta vor dem Frie-
den votirte Dankadresse zu überreichen. Aber er hat zugleich Aufklä-
rung über den einstimmigen Willen der Nation zu geben und Napo-

